

Werbung: „Bedenkliche Förderung“

20.10.2008 | 18:40 | MICHAEL LOHMEYER UND MARTIN STUHLPFARRER (Die Presse)

ÖVP-Aufdecker Kenesei verlangt eine Nachprüfung der Vergabe von Werbeaufträgen der Stadt Wien und ausgelagerter Betriebe. Noch-Landespartei-Sekretär Kopietz vermag keine Probleme zu erkennen.

WIEN. Aufregung in der Reklame-szene. Das Motto lautet „Alle gegen die Gewista“ und der Bogen der Kritiker spannt sich von Wildplakatierern über Mitbewerber bis zu Oppositionspolitikern. Günter Kenesei – VP-Abgeordneter, der sich auf Fälle spezialisiert hat, in denen er Korruption vermutet – hat im November 2006 das Kontrollamt der Stadt Wien eingeschaltet, das einen 60-Seiten-Bericht verfasst hat. Der Titel: „Monopolstellung einer Firma in Bezug auf Werbeflächen der Stadt Wien“. Dabei geht es um die Gewista, an der über eine verschachtelte Konstruktion der „Verband Wiener Arbeiterheime“ beteiligt ist – eine SP-Organisation.

„Erhöhter Handlungsbedarf“

Im Kontrollamtsbericht heißt es: „Wie die gegenständliche Prüfung zeigte, klafften die Tarife für Werbeflächen nach dem GAG (Gebrauchsabgabengesetz, Anm.) und Mietentgelte für die Aufstellung von Werbeträgern auf privatrechtlich genutzten Grundflächen weit auseinander.“ Die Prüfer erkennen „bei der Vergabe dieser Flächen erhöhten Handlungsbedarf“. Empfohlen wird auch, dass Vorgangsweisen umgestellt würden, „die zu einem Entfall von Mieteinnahmen führen können oder hinsichtlich des Beihilfenrechtes bedenklichen Förderungen gleichkommen.“

Insgesamt geht es um tausende Werbeflächen, deren Zahl im öffentlichen Raum etwa bei 21.000 liegt. Dabei dominiert die SP-nahe Gewista, daneben gibt es die VP-nahe Heimatwerbung. Wer welchen Anteil hat, ist statistisch nicht erfasst, „vermutlich wird Gewista mehr Flächen unter Vertrag haben“, so Franz Kobermaier, der Leiter der für Architektur und Stadtgestaltung zuständigen MA19.

Es geht allerdings auch um von der Stadt Wien ausgelagerte Betriebe, die eigene Werbeflächen anbieten – etwa des Krankenanstaltenverbundes (KAV). Hier hat es etwa 2003 eine Ausschreibung gegeben, die wieder gestoppt wurde: „Als die Heimatwerbung ein günstigeres Angebot erstellt hat als die Gewista“, so ein Sprecher der Heimatwerbung, der behauptet, der KAV habe auf Einnahmen von mehr als 200.000 Euro verzichtet. Paul Vecsei, Sprecher des KAV: „Es gibt in den Anstalten des KAV keine monopolisierte Vergabe.“ Und außerdem gebe es keine Ausschreibungspflicht für derartige Aufträge, im Übrigen ließe sich der exakte damalige Verlauf nicht mehr rekonstruieren.

Günter Kenesei sieht keine Wende zum Besseren, „denn es handelt sich um unbefristete Verträge“. Er verlangt eine Nachprüfung.

Harry Kopietz, noch Landespartei-Sekretär der Wiener SP und ab Ende Oktober Landtagspräsident, ist stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der „A.W.H. Beteiligungsgesellschaft“, alleiniger Gesellschafter des „Verbands Wiener Arbeiterheime“: „Die Beteiligung an einer erfolgreichen Firma ist gut. Wenn es Probleme bei der Auftragsvergabe gibt, dann sind die zu bereinigen. Das hat mit Politikern der SPÖ und mit deren Politik nichts

zu tun.“ Und Gewista-Geschäftsführer Karl Javurek meint, dass es keinerlei Bedenken in Bezug auf die Eigentümerstruktur geben könne. „Es gibt keine Ungleichbehandlung. Wir zahlen die Tarife, die andere auch zahlen.“

„Grausliche Alu-Dinger“

Als hätte die Gewista nicht genug alte Probleme, tat sich am Montag eine neue (alte) Front auf. Vertreter der Wiener Kulturszene und der Wirtschaftskammer sprachen davon, dass die Gewista die kulturelle Vielfalt in der Stadt bedrohe. Konkret geht es um die „grauslichen Alu-Dinger“ (© Franz Sattlecker, Schloss Schönbrunn), also um 5000 Halbschalen, die die Gewista Ende des Vorjahres an Masten aufgehängt hatte, um den Wildwuchs durch Wildplakatierer zu stoppen. „Es plakatieren dort nur drei bis vier kommerzielle Kulturbetriebe und ein paar Großveranstalter. Sonst niemand“, erklärte Martin Just, Obmann der IG Kultur Wien. Der vertritt auch Wildplakatierer, die keinen Vertrag mit der Gewista haben und nun mit Gewista-Anzeigen eingedeckt werden – womit das angekündigte Ziel der Gewista deutlich verfehlt wurde: Die Halbschalen beeinträchtigen durch ihre Größe das Stadtbild massiver als es die Wildplakatierer zuvor getan hatten, in Schönbrunn mussten sie nach heftigen Protesten abmontiert werden. Die Gewista verdient zwar gut an den Halbschalen, aber das Problem durch die Wildplakatierer wurde nicht gelöst, weil nicht alle ins Boot geholt wurden. Peter Drössler, Vize-Obmann der zuständigen Wirtschaftskammer-Fachgruppe: „Wir wollen faire, transparente Bedingungen für alle.“